

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 58. Ratssitzung vom 10. Juli 2019**

### **1521. 2019/256**

#### **Postulat von Sarah Breitenstein (SP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 12.06.2019: Einbezug der zivilen Mitarbeitenden in den Prozess während der Gründungsphase des Forensischen Instituts Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Sarah Breitenstein (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1377/2019): *Es geht uns vor allem darum, die Situation für die zivilen Mitarbeitenden zu verbessern. Es ist uns wichtig, dass es eine Personalvertretung gibt, die für die Mitarbeitenden errichtet wird, damit sie eine Stelle haben, an die sie sich mit Anliegen wenden können und die sich dafür einsetzt, dass die neuen Reglemente so umgesetzt werden, dass für die Mitarbeitenden keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entsteht. In der Vereinbarung wird in Paragraph 32 lapidar ausgeführt: «Die Modalitäten des Übergangs werden individuell aufgrund einheitlicher Grundsätze geregelt. Dabei werden insbesondere die bisherige Funktion berücksichtigt und die Dienstjahre angerechnet.» Diese Formulierung ist sehr ungenau und kann eigentlich alles bedeuten. Wir wollen sicherstellen, dass für Mitarbeitende, die den Übertritt ins FOR ablehnen, eine Anschlusslösung gesucht wird und man sich nicht bloss darauf stützt, dass dies aufgrund der Spezialisierung der Mitarbeitenden schwierig sein wird. Ich bin mir sicher, dass Wissenschaftler auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung gebraucht werden. Wir begrüssen, dass von Seiten der Stadt ein Projektteam eingesetzt wurde, das sich mit Fragen der Anstellungsbedingungen auseinandersetzt. Das Projektteam definierte verschiedene Bereiche, die noch näher geregelt werden müssen. Man weiss beispielsweise noch nicht, ob ein geplanter Altersrücktritt nach städtischem Personalrecht weiterhin möglich sein wird. Man müsste auch regeln, ob das Personaldossier an das FOR übergeben werden darf oder nicht. Sowohl im städtischen, wie auch im kantonalen Recht wäre das ausgeschlossen. Für die Mitarbeitenden wäre das aber sehr wichtig, vor allem auch in Bezug auf bereits absolvierte Weiterbildungen. Die neuen Regelungen sollen natürlich für kantonale und städtische zivile Mitarbeitende gelten. Die des Projektteams erarbeiteten Lösungsvorschläge sollen jetzt auch umgesetzt werden und nicht nur auf Papier bestehen.*

**Christoph Marty (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag: *Da wir die Vorlage ablehnen, lehnen wir auch das Begleitpostulat ab. Es ist in der Schweiz total unüblich, dass die heute bei der Stadt angestellten, zivilen Mitarbeitenden während der Gründungsphase des Forensischen Instituts als selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalt in den ersten Betriebsjahren in den Prozess miteinbezogen und begleitet werden können. Sie fordern hier eine Art Betriebsratsmodell, das wir aber hier in der Schweiz nicht kennen. Weiter wird behauptet: Unter den zivilen Angestellten herrscht grosse Unsicherheit bezüglich*

2 / 2

*ihrer zukünftigen Arbeitssituation. Aber auch alle anderen Angestellten wissen nicht so recht, was auf sie zukommt. Grosse Unsicherheit konnte man bei den Besuchen in der Kommission nicht spüren. Die Angestellten des FOR befinden sich natürlich in einer speziellen Situation – ungeachtet dessen, ob es sich um zivile Angestellte oder Angehörige der Stadt- oder Kantonspolizei handelt. Die meisten sind Fachspezialisten mit einer naturgemäss stark begrenzten Vermittelbarkeit. Deswegen aber eine Art Betriebsratsmodell adaptieren zu wollen, ist der falsche Weg.*

Weitere Wortmeldungen:

**Andreas Egli (FDP):** *Der personalpolitische Teil des Postulats steht so im Gesetz und gilt. Dafür braucht man kein Postulat. Auf der anderen Seite haben wir einen Eingriff in die Tarifautonomie der Vertragsparteien. Dahinter stehen wir nicht. Insgesamt entsteht der Eindruck als wäre die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements STR Karin Rykart ein Unhold, die mit dem Personal schlecht umgeht. Davon kann man nicht ausgehen und dem ist auch nicht so.*

**Stephan Iten (SVP):** *Ich bin ein wenig überrascht über den Vorstoss, weil vorher gesagt wurde, wie wunderbar die Zusammenarbeit mit dem Kanton funktioniert. Trotzdem sollen die städtischen Angestellten begleitet und eine Personalvertretung eingesetzt werden. Hätten Sie mit unserem Rückweisungsantrag gestimmt, bräuchten Sie dieses Postulat nicht.*

Das Postulat wird mit 64 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat